


## Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 23.09.2015

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:10 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiterin:</b>	Frau Rothe-Beinlich
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 26.08.2015	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Festlegungen des Ausschusses	

- |        |                                                                                                                                                                                                                                 |                |
|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 5.1.   | Vertagung aus der Sitzung vom 26.08.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg<br>BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt | <b>1462/15</b> |
| 5.1.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015 zur DS 1462/15, Nutzung Stadtteilzentrum Herrenberg<br>BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt                                                                    | <b>1809/15</b> |
| 5.2.   | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Modalitäten im Sozialamt, hier: Aufrufsystem<br>BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur                                               | <b>1807/15</b> |
| 5.3.   | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Modalitäten im Sozialamt, hier: Geldkarten<br>BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur                                                 | <b>1808/15</b> |
| 6.     | Informationen                                                                                                                                                                                                                   |                |
| 6.1.   | Ergebnisse der Lebenslagenbefragung von Kindern und Jugendlichen 2014<br>BE: Leiter des Jugendamtes                                                                                                                             | <b>1623/15</b> |
| 6.2.   | Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2014<br>BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit<br>hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszentrum,                   | <b>1652/15</b> |
| 6.3.   | Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.)<br>BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur                                                                                |                |
| 6.3.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Flüchtlingssituation<br>BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur                                                                       | <b>1810/15</b> |

- 6.3.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 26.08.2015 zum TOP 7.2.; hier: Flüchtlingsunterbringung, Beschulung, Gesundheitsversorgung, Kosten  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur **1904/15**
- 6.4. Sonstige Informationen

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eröffnete die öffentliche Sitzung, stellte die frist- und formgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und anwesenden Gäste.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor.

### 3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 26.08.2015

**genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0**

### 4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

### 5. Festlegungen des Ausschusses

#### 5.1. Vertagung aus der Sitzung vom 26.08.2015 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 10.06.2015, Ergebnisbericht und Entwicklungskonzeption STZ - Stadtteilzentrum Herrenberg 1462/15 BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, stellte fest, dass mit der vorliegenden Stellungnahme das Problem nicht gelöst wird. Sie verwies auf den Versicherungsschutz, der durch die Thüringer Ehrenamtsstiftung vermittelt werden kann. Mit dem umfänglichen Versicherungsschutz zur Haftpflicht- und Unfallversicherung können alle bürgerschaftlich engagierten Bürger abgesichert werden.

Die Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt, Frau Hoyer, erläuterte, dass die Gesamthaftung bei dem Verein liegt. Sollte der Verein mit der Nutzung Einnahmen erzielen, hat dies die Reduzierung der Förderung zur Folge.

Zu diesem Thema gab es weitere Wortmeldungen seitens der Ausschussmitglieder:

° Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion, erinnerte an die letzte Ausschusssitzung, in der nachgefragt wurde, inwieweit die Anwesenheit hauptamtlicher Mitarbeiter erforderlich sei und ob nicht auch ehrenamtliche Vereinsmitglieder die jeweiligen Veranstaltungen absichern können.

° Frau Rothe-Beinlich stellte fest, dass nicht die Vermietung, sondern das Ermöglichen des ehrenamtlichen Engagements das Problem war. Am Beispiel "filler" (offenes Jugendbüro der Gewerkschaftsjugend) sei dies möglich, wieso nicht auch im Stadtteilzentrum Herrenberg?

° Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion, sprach sich für eine ehrenamtliche Nutzung im Objekt aus, regte aber an, den Versicherungsschutz mit dem Verein, gegebenenfalls durch Übertragung der Haftung auf den Nutzer, abzuklären.

° Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., stimmte zu, die Frage der Haftpflicht und die Versicherungsfrage für ehrenamtliche Vereinsmitglieder zu prüfen.

° Frau Hoyer sagte zu, dass die Hinweise zum Versicherungsschutz an den Verein weitergeben werden.

° Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, konnte keine abschließende Auskunft darüber geben, inwieweit die von der Thüringer Ehrenamtsstiftung vermittelten Versicherungen nur Personenschutz oder bei ehrenamtlicher Tätigkeit auch Sachschäden an Gebäuden übernimmt. Sie sagte eine weitergehende Prüfung auch des Vertrages mit dem Verein zu.

° Herr Engemann, sachkundiger Bürger, ergänzte und bat, auch auf den Verein zuzugehen, ob dieses Vorgehen auch in seinem Interesse ist.

Die Diskussion wurde beendet und nachfolgende Festlegungen getroffen:

Es wird geprüft, inwieweit die von der Thüringer Ehrenamtsstiftung vermittelten Versicherungen für bürgerschaftliches Engagement neben dem Personenschutz auch bei Sachschäden bzw. Gebäudeschäden übernimmt. Gibt es hierzu Regelungen in dem Vertrag mit dem Verein Plattform e.V. oder macht sich eine Änderung erforderlich? Der Verein Plattform e.V. ist in die Prüfung einzubeziehen, um dessen Interessen zu berücksichtigen. T.: 11.11.2015	DS 2077/15
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------

**vertagt**

- 5.1.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015 zur DS 1462/15, Nutzung Stadtteilzentrum Herrenberg  
BE: Beigeordnete für Wirtschaft und Umwelt 1809/15

vertagt

- 5.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 26.08.2015, Modalitäten im Sozialamt, hier: Aufrufsystem  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur 1807/15

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, informierte mündlich zum Sachverhalt.

Zunächst wurde festgehalten, dass eine Aufrufanlage bei Neubau ca. 60 TEUR gekostet hätte. Nach reiflicher Überlegung wurde die Entscheidung gegen eine Aufrufanlage getroffen. Es ist auch in Zukunft nicht vorgesehen, eine Aufrufanlage zu installieren.

Herr Kläser erläuterte detailliert den Vorgang beim Aufruf der Bürger, diese kommen in das Sozialamt aufgrund unterschiedlicher angebotener Leistungen – nicht nur wegen Sozialhilfe -. Die betreffenden Bürger werden jeweils befragt, ob sie einverstanden sind, namentlich aufgerufen zu werden. Eine Änderung des Verfahrens sei derzeit nicht beabsichtigt. Auch aus der Überzeugung, die Menschen die kommen, nicht als Nummer sondern als Individuen anzuerkennen, habe man sich gegen eine Aufrufanlage mittels Nummer entschieden.

Herr Mroß, SPD-Fraktion, sieht zwar den finanziellen Aufwand, verwies aber zugleich darauf, dass wie Herr Kläser betonte, "der Mensch keine Nummer" sei. Da jedoch der Bürger vorher gefragt würde, sollte das Problem aus seiner Sicht nicht weiter thematisiert werden.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., brachte ihre Auffassung zum Ausdruck und verwies auf die positiven Erfahrungen im Bürgeramt.

Frau Rothe-Beinlich unterstützte die Auffassungen der Herren Kläser und Mroß.

**zur Kenntnis genommen**

- 5.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 1808/15  
26.08.2015, Modalitäten im Sozialamt, hier: Geldkarten  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur informierte, dass bisher noch kein abschließendes Ergebnis aus der Sparkassenverwaltungsratssitzung vorliegt.

**vertagt**

## 6. Informationen

- 6.1. Ergebnisse der Lebenslagenbefragung von Kindern und Jugendlichen 2014 1623/15  
BE: Leiter des Jugendamtes

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach dem TOP 6.2.

Zum Thema gab es eine Präsentation durch die Mitarbeiter des Jugendamtes und des Amtes für Bildung.

Im Anschluss hatten die Ausschussmitglieder Gelegenheit für weitergehende Fragen und Wortmeldungen.

° Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion, fragte nach der Anzahl der Teilnehmer,

° auf Nachfrage informierte der Mitarbeiter des Jugendamtes, dass der Definition des Teilnehmerkreises der aus dem Jugendhilferecht abgeleitete Begriff des Jugendlichen herangezogen wurde: Kind ist, wer noch nicht 14 Jahre alt ist und als Jugendliche gelten diejenigen, die noch keine 18 Jahre alt sind,

° Herr Engemann, sachkundiger Bürger, verwies auf die Berichterstattung zur Wohnsituation. Dort bestand Einigkeit, den Begriff "Plattenbau" zur Vermeidung von Stigmatisierung nicht zu verwenden. Ein Abgleich der Formulierung mit dem Bereich Statistik wäre aus seiner Sicht wünschenswert.

Weiterhin hinterfragte er u.a. die Durchführung der Befragung und schätzte die Aussagen zum Drogenkonsum als fraglich und nicht belastbar ein.

Auf die Fragen gingen der Mitarbeiter des Jugendamtes und des Amtes für Bildung ein.

Von dieser Seite wurde auch eingeschätzt, dass das Thema Bildung ein schwieriges Feld darstellt.

° Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten, wies darauf hin, dass der vorliegende Bericht in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport ebenfalls behandelt wird und dort auch insbesondere Fragen der Bildung erörtert werden können.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, beendete die Diskussion, dankte für die Berichterstattung und stellte fest, dass die Fragen lebensnah gestellt wurden.

## **zur Kenntnis genommen**

- 6.2. Sachbericht Schutzbund der Senioren und Vorruheständler - Kompetenz- und Beratungszentrum 2014** 1652/15  
**BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit**  
**hinzugezogen: Leiterin Kompetenz- und Beratungszentrum,**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 5.3. behandelt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte die Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes der Senioren, Frau Schumann, und die Leiterin des Kompetenz- und Beratungszentrums, Frau Schwalbe.

Frau Schumann bedankte sich ausdrücklich für die Möglichkeit der Vorstellung ihrer Tätigkeit im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung.

In ihren Ausführungen ging sie auf folgende Probleme ein:

- ° Seniorenbetreuung zu Hause und den Begleitdienst,
- ° fehlende Unterstützung durch 1- Euro-Job-Kräfte

Frau Schwalbe beschrieb die positive Atmosphäre in den Räumlichkeiten und die Freude bei den Nutzern der vielfältigen Angebote wie z.B. den Seniorencomputerclub, der seit 2014 besteht und großen Anklang findet. Sie lud an dieser Stelle die Mitglieder des Ausschusses ein, sich vor Ort ein Bild zu machen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die geleistete Arbeit und die ausgesprochene Einladung.

Sie sieht als eine Möglichkeit zur weiteren Unterstützung den Bundesfreiwilligendienst.

Weitere Wortmeldungen und Anregungen u.a. zu Fragen der Betreuungsleistungen, Vernetzung mit dem ehrenamtlichen Engagement, Kontaktpflege mit Fachkliniken gab es



durch Herrn Engemann, sachkundiger Bürger, Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion und Herrn Hauschild, sachkundiger Bürger.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hinterfragte konkret die Öffnungszeiten der Außenstelle in Marbach und wollte wissen, inwieweit es nach Einschätzung des Schutzbundes weiteren Bedarf im Stadtgebiet von Erfurt gibt.

In ihrer Beantwortung verwies Frau Schumann darauf, dass die Außenstelle in Marbach 2 x im Monat geöffnet hat und sehr gut angenommen wird. Weiterer Bedarf im Stadtgebiet wird aktuell nicht gesehen.

Der Unterstützungsbedarf durch eine VbE bezieht sich überwiegend auf die Buchhaltung und bürokratische Abläufe.

Die Betreuung und Begleitung für an Demenz Erkrankter ist durch den Betreuungs- und Begleitdienst abgesichert, hier gibt es nach Aussage von Frau Schumann keinen Unterstützungsbedarf.

## **zur Kenntnis genommen**

### **6.3. Information zur aktuellen Situation der Flüchtlingsunterbringung (mdl.) BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, führte zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt aus:

- mit Stand 31.08.2015 leben in der Stadt Erfurt 11.230 Ausländer
- die Prognose für 2015 beträgt 15.300 Ausländer
- mit Stand 22.08.2015 leben 800 Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften und 468 in Wohnungen oder abgeschlossenen Räumen
- seit 1 ½ Wochen erfolgen in der Messe keine Zuführungen mehr
- durch das Gesundheitsamt werden alle Erstuntersuchungen durchgeführt (ca. 800 – 1000)
- festgestellt wurden Infektionskrankheiten (keine Meningitis), Verdacht auf TBC aber einzelne Fälle von Ruhr – jedoch war eine Isolierung nicht erforderlich
- von den 5 TBC-Verdachtsfällen ist keiner bestätigt
- aktuell werden Impfungen durch das Gesundheitsamt durchgeführt
- durch die Feuerwehr wird Brandsicherheitswache abgesichert
- bislang kommen noch keine 300 Flüchtlinge wöchentlich wie durch das Land angekündigt
- bis Jahresende sind 1500 Flüchtlinge angekündigt

- aktuell befinden sich 21 feste Häuser und 19 Immobilien in der Vorprüfung für eine mögliche Nutzung
- die feuerwehrrechtlichen Normen werden zwingend eingehalten
- weitere Notunterkünfte sind erforderlich (Turnhalle Albert-Einstein-Straße mit 52 Plätzen, Leichtathletiktrainingshalle, Thüringenhalle, Mehrzweckhalle Marbach)
- die Nutzung der 13 Sporthallen an Schulen ist nicht gewollt, es soll möglichst kein Eingriff in den Schulsport erfolgen, Eingriff in den Vereinssport erfolgt unter Umständen
- Nutzung der Thüringenhalle ab 05.10.2015, Verlagerung von Veranstaltungen in die Messe, Verhandlungen durch den Erfurter Sportbetrieb
- Verhandlungen hinsichtlich der Nutzung des ehem. Globus-Baumarktes (für eine Verweildauer von mehr als 2 Monaten) sind noch nicht abgeschlossen
- in das Gebäude werden Zwischenwände eingezogen
- es wurden Container mit eigener Wohnstruktur (Küche, Toilette) gekauft z.T. ein- bzw. zweigeschossig, vorgesehener Standort: gegenüber Garten- und Friedhofsamt, dort können ca. 140 Personen untergebracht werden
- weitere Containerstandorte werden aktuell noch geprüft
- in der Grimmstraße wurden 22 Wohnungen bezogen
- der geplante Standort Richard-Hegemann-Straße ist weit fortgeschritten, während die Nutzung der Eisenbahnerberufsschule nicht mehr in Frage kommt
- Schwerpunkt sind Standorte mit entsprechender Infrastruktur!
- Probleme bei Kita und Schule, hier wird aktuell mit dem Ministerium ein Modell erarbeitet – auch in Kooperation mit der Fachhochschule
- auch in den Notunterkünften erfolgt soziale Betreuung, durchschnittlich ca. 2 Stunden am Tag Kinderbetreuung, Spielzeiten
- 19 Vorschaltklassen – von Grundschule bis berufsvorbereitende Schule – werden vorgehalten, angebotener Deutschunterricht reicht noch nicht aus, hierzu laufen Verhandlungen mit dem Ministerium
- es gibt Überlegungen, die Struktur des Projekts "Lernen vor Ort" wieder zu aktivieren, auf Angebote der Diplomatenschule Weimar wurde hingewiesen
- Anstieg der Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen (UMA) von 9 im Mai 2015 auf mittlerweile 136!
- eine Gesetzesänderung zum 01.11.2015 wird erwartet, es wird einen neuen Verteilerschlüssel geben, eine Clearing-Stelle im Haus der Abgeordneten wird angestrebt
- im Abgeordnetenhaus können fast 80 UMA untergebracht werden (nur Parterre und 1. Etage) Problem: Einrichtung Notausgang

- für die Standorte Langer Berg, Petersberg (KJHG-Einrichtung) wurden Fördermittelanträge gestellt, zum Lindenweg laufen Gespräche mit dem freien Träger

Abschließend verwies Frau Thierbach auf die erfolgte Berichterstattung in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses.

Der aktuellen Situation angepasst werden Einwohnerveranstaltungen durchgeführt.

Die Unterbringung in Zelten wird nach wie vor ausgeschlossen. Die Lieferung der Container ist noch nicht erfolgt.

Im Anschluss an die detaillierten Ausführungen von Frau Thierbach wurde zum Thema diskutiert. An der Diskussion beteiligten sich die Ausschussmitglieder wie folgt:

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion,

- sprach seine Anerkennung aus,
- bittet um transparentere Darstellung in der Öffentlichkeit (Internet)
- wöchentliche Veröffentlichung der aktuellen Flüchtlingszahlen

Frau Thierbach verwies unmittelbar auf die aktuellen Veröffentlichungen unter [www.erfurt.de](http://www.erfurt.de)

Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion,

- schätzt die Veröffentlichungen im Internet als ausreichend ein,
- trotz des Drucks in dieser Situation wird die Arbeit vorbildlich, engagiert und glaubwürdig geleistet – allerdings nur bis zu einem bestimmten Grad
- trotz des aktuellen Drucks sollte die konzeptionelle Arbeit in den Bereichen Gesundheit und Bildung weitergeführt werden,
- seitens der Stadt sollte mehr Unterstützung vom Land gefordert werden
- im Bereich Bildung sollten mehr ehrenamtliche Helfer eingebunden werden

Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich,

- verwies auf Probleme auf Landesebene wie die Verlängerung der Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen auf ½ Jahr
- in diesem Zusammenhang bestehen Probleme mit der Schulpflicht und Verweis auf fehlende Privatsphäre – keine menschenwürdige Unterbringung – zudem macht ein halbes Jahr die Bereitstellung von insgesamt 15000 Plätzen in der Erstaufnahme in Thüringen erforderlich
- die bereitgestellten 3 Mrd. Euro vom Bund sind ein "Tropfen auf den heißen Stein" – weitere Verhandlungen müssen abgewartet werden
- zur Nutzung des ehem. Baumarktes in Linderbach verwies sie auf die Entscheidung des Stadtrates, die menschenwürdige Unterbringung wird bezweifelt – für die Dauer nicht geeignet – nur als Übergang bzw. Notlösung
- Zustimmung zu den Ausführungen von Fr. Dr. Klisch, die konzeptionelle Betrachtung nicht außer Acht zu lassen –im Paket betrachten: Kita, Schulpflicht

- ca. 100 zusätzliche Lehrer werden benötigt

-

Herr Bauer, sachkundiger Bürger,

- gute Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen
- es kann keine Dauerlösung sein, für die Essenversorgung Ehrenamtliche einzusetzen
- fragte nach der Anzahl der Notunterkünfte in Turnhallen

Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich,

- stellte nochmals fest, dass alle Zahlen im Internet veröffentlicht und ständig aktualisiert werden
- verwies auf ein breites Spektrum von Ehrenamtlichen
- hinterfragte die Nutzung des Stöberhauses für Spendensammlungen

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

- informierte zur Anmietung von Räumen im Stöberhaus u.a. zur Unterbringung von Spenden
- verwies auf die Hotline "Erfurt hilft" und die durch den Oberbürgermeister ausgesprochene Abordnung von Mitarbeitern aus allen Strukturen der Stadtverwaltung
- informierte zur erfolgreichen Spendenaktion in Schulen (Bettwäsche, Handtücher, Decken)

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, CDU-Fraktion

- hielt an seiner Bitte fest, die eher "verschlüsselte" Darstellung im Internet transparent und schlüssig zu gestalten und zumindest wöchentlich zu aktualisieren.

Diese Anregung wurde von der Bürgermeisterin entgegengenommen.

**zur Kenntnis genommen**

**6.3.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 1810/15  
26.08.2015, Flüchtlingssituation  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur**

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, bat um Vertagung der Drucksache bis zur nächsten Ausschusssitzung.

**vertagt**

- 6.3.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses 1904/15  
SAG vom 26.08.2015 zum TOP 7.2.; hier: Flüchtlingsunter-  
bringung, Beschulung, Gesundheitsversorgung, Kosten  
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bil-  
dung und Kultur

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, bat um Vertagung der Drucksache zur nächsten Ausschusssitzung.

**vertagt**

#### 6.4. Sonstige Informationen

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, informierte zu folgender Festlegung des Ausschusses Bildung und Sport.

"Der Ausschuss für Bildung und Sport bittet den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung um eine gemeinsame Sitzung zum Thema 'Umgang mit jungen Flüchtlingen'."

Nach kurzer Erörterung wurde der Bitte des Ausschusses entsprochen.  
Das Thema kann in einer gemeinsamen Sitzung – an einem Sitzungstermin des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung – behandelt werden.

gez. Rothe-Beinlich  
Vorsitzende

gez.   
Schriftführer/in